

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Ehlers
Ausschussmitglied Michael Kunze
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussmitglied Helga Weinstock
Stellvertretendes Mitglied Petra Stomberg

Mitglied Gruppe FDP/FW

Stellv. Ausschussvorsitzender Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Thorsten Moriße

Stadtelternrat

Stimmberechtigter Sachverständiger Martin Burkhart

Schülervertretung

Schülervertreter René Gommers
Schülervertreterin Jana-Marie Klein

Vertretung der Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen

Stimmberechtigter Sachverständiger Alexander Krauß

Vertretung der Lehrkräfte der Berufsbildenden Schulen

Stimmberechtigte Sachverständige Gabriele Runge
Stimmberechtigter Sachverständiger Matthias Thode

Gäste aus dem Rat

Ratsherr Andreas Tönjes

Gäste aus den Schulen

Frau Becker (Grundschule Rüstersiel), Frau Bruhn (IGS), Frau Löbach (BBS), Frau Schürmann (Grundschule Sengwarden), Herr Barkam (Cäcilienkirche), Herr Dr. Engeler (IGS), Herr Fischer (NGW)

RZI

Herr Fikus

Verwaltung

1. Stadtrat Herr Schönfelder, Referatsleiterin Frau Winkel-Fiedelak, Herr Neumeister (Koordination generalistische Pflege), Herr Hofmann

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- | | | |
|------|--|-----------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Genehmigung der Tagesordnung | |
| 3 | Vorlagen an den Rat | |
| 3.1 | "Ausbildungsverbund Pflege": Umsetzung aus dem Pflegeberufereformgesetz | 220/2020 |
| 4 | Antrag des Stadtelternrates auf Änderung der Grundschulstandortplanung | 531/2020 |
| 5 | Mitteilungen und Anfragen | |
| 5.1 | Vorstellung der neuen Schulleiterin der BBS Wilhelmshaven, Frau Tanja Löbach | |
| 5.2 | Informationen zum Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum Inklusive Schule | |
| 5.3 | Informationen zum Schulstart 2020/21 | |
| 5.4 | Anfrage zu den baulichen Maßnahmen von GGS in den Sommerferien 2020 | |
| 5.5 | Anfrage zu den Sitzungsprotokollen | |
| 5.6 | Anfrage zu SchA-Mitgliedern | |
| 5.7 | Anfrage zur Nutzung der Schwimmhalle in der Grundschule Altengroden | |
| 5.8 | Anfrage zur Kooperation der Grundschule Mühlenweg mit der Carlo-Collodi-Schule | |
| 5.9 | Anfrage zum Studienseminar G/H/R | |
| 5.10 | Anfragen zum Sofortausstattungsprogramm und zu SDW | |
| 5.11 | Mitteilung zur neu zu errichtenden Oberschule | |

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Moriße**, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

- 3 Vorlagen an den Rat

- 3.1 "Ausbildungsverbund Pflege": Umsetzung aus dem Pflegeberufereformgesetz **220/2020**

Herr Schönfelder erklärt, dass die generalistische Pflegeausbildung nun von Herrn Neumeister koordiniert und ein Ausbildungsverbund gegründet wird. Der Verbundvertrag ist Grundlage aller hierbei beteiligten Ausbildungsbetriebe und Pflege-

schulen. Auf den als Anlage zur Beschlussvorlage vorliegenden Vertrag wird verwiesen. Wichtig ist es, die Pflegeausbildung voranzubringen. Der Fachausschuss für Soziales und Gesundheit hat den Vertrag bereits einstimmig genehmigt. Den SchA bittet er ebenso um Zustimmung.

Auf Nachfragen von **Herrn Dr. von Teichman** führt **Herr Schönfelder** aus, dass in Abstimmung mit dem Klinikum Wilhelmshaven erst die städtischen Beschlüsse und dann der Beschluss im Gremium des Klinikums gefasst werden sollen sowie das Krankenhaus Sanderbusch bereits Mitglied im Ausbildungsverbund Friesland ist.

Nach einhelliger Worterteilung berichtet **Herr Neumeister**, dass die Idee hinter dem Vertrag ist, ein Hilfsmittel für alle Beteiligten zu kreieren, dem sich alle Partner zugehörig fühlen. Die Rollen der Träger praktischer Ausbildung und der Koordinierungsstelle sind klar formuliert. Hinzu erklärt er, dass die jetzige Ausbildung als bisherigen Ausbildungen mit Staatsexamen ersetzt. In europäischen Nachbarländern ist diese Ausbildung häufig akademisiert. Für die Außendarstellung und die Professionalisierung ist dies ein wichtiger Schritt. Weiter erklärt er, kann ein Krankenhaus auch in zwei Verbünden Mitglied sein. Für die Ausbildung sind unterschiedliche Fachabteilungen der Kliniken nicht von Bedeutung – wichtig ist, dass es sich um stationäre Akutpflege handelt. **Herr Neumeister** will sich mit allen Kräften einsetzen, damit künftig genügend Auszubildende vorhanden sind.

Herr Möhle dankt für die zügig Umsetzung und diese Beschlussvorlage und spricht sich für die einhellige Zustimmung aus. Auf Nachfragen von **Herrn Burkhart** gibt **Herr Neumeister** an, dass die Pflichtstunden nach genauen Vorgaben im Rotationsprinzip ausgeglichen werden und es mehr SchülerInnen in ambulanten als in stationären Einrichtungen gibt. Die Pflegeschule stimmt den Verträgen zu, weil nun gesetzgeberisch Einfluss auf den bisher großen Vertragsspielraum genommen wird. Eine Refinanzierung erfolgt über den Pflegeausbildungsfond. **Herr Schönfelder** ergänzt, dass die Personalkosten von Herrn Neumeister zunächst aus dem städtischen Budget bezahlt werden und über das Pflegeberufereformgesetz und die darin vorgesehenen Finanzierungsströme voll refinanziert werden.

Lau **Frau Weinstock** werden hauptsächlich Ausbildungsplätze in Seniorenpflegeeinrichtungen angeboten und sie hinterfragt den Ausgleich zu anderen Bereiche. Ein Wechsel der zunächst vertraglich fixierten Schwerpunkte ist einvernehmlich zwischen Auszubildenden und Ausbildungsbetrieb möglich, so **Herr Neumeister**. Er verweist auch darauf, dass nicht mehr Altenpflege, sondern nun ja generalistische Pflege ausgebildet wird. Das System muss sich noch etablieren.

Herr Dr. von Teichman befürwortet die Zusammenarbeit mit dem Klinikum Sanderbusch. **Herr Ehlers** begrüßt den Ausbildungsverbund und ist überzeugt, dass es mit der Generalistik weniger Ausbildungsabbrüche geben wird.

Auf die Vorlage und die Anlagen „Ausbildungsverbund Generalistik WHV“ sowie „Ausbildungsverbund“ wird verwiesen.

Herr Moriße zeigt sich sehr erfreut, dass die Pflege endlich in der Politik ange-

kommen ist und ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss: Einstimmig beschlossen

1. Die Stadt Wilhelmshaven begrüßt die Errichtung des Ausbildungsverbundes „Gemeinsam pflegen“ für die Pflegeausbildung in der Stadt Wilhelmshaven und der Region, in dem die beiden Pflegeschulen und die weiteren Ausbildungsträger zusammenarbeiten wollen.
2. Dem Verbundvertrag in der vorgelegten Fassung wird zugestimmt. Er ist eine gute Grundlage für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Kooperationspartner im Ausbildungsverbund und stärkt das gemeinschaftliche Miteinander zum Wohle der Auszubildenden.

4 Antrag des Städtelternrates auf Änderung der Grundschulstandortplanung **531/2020**

Der Antrag wird unter Verweis auf die letzte Sitzung durch **Herrn Burkhardt** vorgestellt.

Herr Kunze spricht sich gegen die Vierzügigkeit aus – drei Züge sollen die Regel sein! Er verweist auf hohe Schülerzahlen in Heppens und in der Südstadt. **Frau Weinstock** gibt an, dass grundsätzlich die Dreizügigkeit vorherrschen soll. Die Grundschule Rheinstraße braucht die Räumlichkeiten des Gebäudes Ebertstr. 96 wegen der hohen Schülerzahl. **Herr Möhle** gibt an, dass die Grundschule Rheinstraße keine weiteren SchülerInnen mehr aufnehmen kann. **Herr Ehlers** teilt mit, dass die CDU zum Standort einer Grundschule an der BBS in Heppens und zur Weiterentwicklung der Grundschule Rheinstraße steht. Dort ist schon jetzt der Schulhof überfüllt.

Herr Dr. von Teichman hält den Vorschlag des StER für sympathisch, weil man damit keinen neuen Schulstandort braucht. BBS-Gebäude und Sporthalle in der Heppenser Straße sind abgängig! Er hinterfragt den Vorteil einer Dreizügigkeit im Vergleich zu einer Vierzügigkeit. **Herr Gommers** spricht sich für kleinere Klassen aus und befürwortet einen neuen Grundschulstandort und die räumliche Erweiterung der Grundschule Rheinstraße. **Frau Weinstock** spricht sich für die Dreizügigkeit von Grundschulen aus. Der Schulalltag ist nicht einfacher geworden!

Herr Schönfelder schaut auf die bisherigen Diskussionen und kündigt die Beschlussvorlage für die nächste Sitzung an. Daraufhin stellt **Frau Winkel-Fiedelak** die beiden durch die Verwaltung ausgearbeiteten Varianten zur Schulbezirksanpassung ohne neuen Schulstandort vor. Anschließend stellt **Herr Hofmann** die beiden Varianten mit einem neuen Grundschulstandort in Heppens dar. Dabei stellt er klar, dass allein schon für einen künftigen Ganztagsbetrieb die Grundschule Rheinstraße auf den Gebäudekomplex Ebertstr. 96 angewiesen ist. Auf die vier Anlagen zu den Varianten wird verwiesen.

Herr Schönfelder führt zu den Kosten auf, dass bei der Variante mit dem DEWI-

Gebäude mit 2 Mio € Investitionskosten und mit jährlichen Folgekosten von 95.000,- € zu rechnen ist. Bei der Variante mit der BBS in Heppens mit Dreizügigkeit ist mit 4,8 Mio € Investitionskosten und 146.000,- € jährlichen Folgekosten zu rechnen. Die Errichtung einer neuen dreizügigen Grundschule kostet 9 Mio €. Vierzügige und auf Kante genähte Schulstandorte sind räumlich nicht in der Lage, auf ansteigende Schülerzahlen zu reagieren. Mit einer neuen Grundschule entlastet man die umliegenden Grundschulen, weshalb es der Verwaltung als die praktikabelste und sinnvollste Lösung erscheint.

In der Schülerzahlprognose, erklärt **Herr Hofmann**, sind alle bereits in Wilhelms-haven gemeldeten Kinder erfasst, jedoch sind keine unterjährigen Zuwächse eingearbeitet. Zzt. sei zwar ein leichter Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, was aber angesichts aller Umstände mit Vorsicht zu betrachten ist - so stehen z. B. - der Corona-Pandemie geschuldet - noch im Bürgeramt Anmeldungen aus.

Herr Dr. von Teichman weist auf zurückgehende Bevölkerungszahlen und weitere Kosten bezüglich Schulgelände und Sporthalle hin. **Herr Schönfelder** verweist auf die im August aktualisierte Kostenaufstellung von GGS. **Herr Ehlers** gibt an, dass ein Bevölkerungsrückgang schnell obsolet sein kann. Auch zukünftig wird es Migration geben. Ein neuer Schulstandort bewahrt vor Problemen in der Zukunft. **Herr Möhle** teilt mit, dass die Zahlen aus dem Melderegister stets eine gute Basis sind. Er weist auf den Wohnungsbau im Stadtteil Tonndeich hin und fordert die Verwaltung auf, die Beschlussvorlage zu erstellen. **Frau Weinstock** spricht sich für die Variante B mit einer neuen Grundschule in Heppens aus.

Herr Burkhardt vermisst Differenzierungsräume und Planungen zu anderen Grundschulstandorten. Nicht alle Schulklassen sind voll, viele Klassen haben weniger als 26 SchülerInnen. Die Finanzmittel müssen in bestehende Schulbauten investiert werden. **Herr Dr. von Teichman** gibt an, dass Deutschland trotz Zuwanderung weiter Bevölkerung verlieren wird. Es ist wenig Geld im Haushalt! **Herr Schönfelder** führt aus, dass auch ohne neuen Schulstandort Baukosten anfallen, allein durch die Umwidmung von Räumen in den bestehenden Schulen. Mit einem neuen Standort kann man in der Zukunft in den Grundschulen flexibler reagieren, was auch für die Kinder angenehmer ist. Räumliche Reserven können auch dem künftigen Ganztags dienen. Nötige Verbesserungen bezüglich Ganztags oder Differenzierungsräume stellen, so **Herr Ehlers**, die Notwendigkeit eines neuen Standortes nicht in Frage. Die Kosten für den Ganztags, teilt **Herr Burkhardt** mit, fallen ohnehin an. Volle Klassen sind nicht schön, aber man ist zur Wirtschaftlichkeit verpflichtet. Mit einem neuen Grundschulstandort hört die Schulentwicklungsplanung nicht auf.

Herr Moriß ruft anschließend zur Abstimmung über den Antrag auf.

Beschluss: Bei drei Ja-Stimmen, einer Enthaltung und sechs Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Stadtelternerat beantragt die Aufnahme des Beratungspunktes und Herbeiführung eines Beschlusses zur Änderung der Grundschulstandortplanung.

Der Schulausschuss möge beschließen,

1. dass die Untersuchungen der Stadtorte DEWI + Werkstatt sowie BBS 1 als mögliche neuen Grundschulstandorte eingestellt werden.
2. das Gebäude der DEWI + Werkstatt nach Herrichtung an das pädagogische Konzept der GS Rheinstraße dieser als Erweiterung der Schulfläche zur Verfügung gestellt wird. Gleichfalls soll die GS Rheinstraße in eine 4-Zügigkeit aufwachsen, damit das Ganztagskonzept mit den dazugehörigen Projektpartnerschaften umgesetzt werden kann.
3. dass das Schulamt beauftragt wird, die Grundschulstandorte mit ihren Schulgrenzbezirken so anzupassen, dass die Standorte Mühlenweg, Stadtmitte, Rheinstraße und Wiesenhof zukünftig als 4-zügige Grundschulstandorte geführt werden können.
4. dass das Schulamt beauftragt wird, über GGS die erforderlichen baulichen Maßnahmen zur Umsetzung der 4-Zügigkeit an den Stadtorten Stadtmitte, Mühlenweg, Rheinstraße sowie Wiesenhof festzustellen und Umsetzungskonzepte inkl. Finanzmittelplan dazu zu erstellen.

Begründung: Sh. Anlage

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Vorstellung der neuen Schulleiterin der BBS Wilhelmshaven, Frau Tanja Löbach

Frau Löbach teilt mit, dass ihr zum 17.08.20 der Dienstposten der Schulleitung an der BBS übertragen wurde und freut sich sehr, nun diese Aufgabe ausüben zu dürfen. Zuvor war sie stellvertretende Schulleitung und zuletzt kommissarische Schulleitung der BBS Wesermarsch. Sofort mit Dienstantritt in Wilhelmshaven war sie mit den Corona-Themen beschäftigt, was zur Folge hatte, dass sie in den engen Absprachen schon schnell die Arbeitsweisen im Kollegium kennenlernte. Wichtige Themen sind für sie u. a. die Entwicklung von Berufsbildern, die Sprachförderung und der Fachkräftemangel. **Frau Löbach** will die städtischen Gremien, die dualen Partner der BBS und die Leitungen der allgemeinbildenden Schulen möglichst schnell kennenlernen und wünscht sich mit allen Beteiligten konstruktive Gespräche z. B. zur Berufsorientierung.

Herr Moriß heißt Frau Löbach im Namen des Schulausschusses herzlich willkommen.

5.2 Informationen zum Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum Inklusive Schule (RZI)

Herr Fikus berichtet von guten Rückmeldungen aus den Schulen zur ortsnahen Beratung durch das RZI. Die Beratung nimmt die meiste Zeit und Engagement ein.

Unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten und Ausprägungen sollen durch die RZI's landeseinheitliche Standards zur Inklusion geschaffen werden. Er weist auf „runde Tische“ mit Eltern, div. Arbeitskreise und die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt hin. Das RZI begleitet auch das Programm „Schule Plus“. Im Übrigen wird auf die Anlage „2020 08 26 Präsentation RZI WHV“ verwiesen.

Auf Nachfragen von **Herrn Dr. von Teichman** gibt **Herr Fikus** an, nur das zur Verfügung stehende Personal verteilen zu können und hier die gerechte und sinnvolle Verteilung gelungen ist. Drei Förderlehrkräfte werden durch die Förderschule Lernen gebunden.

5.3 Informationen zum Schulstart 2020/21

Zunächst fragt **Herr Kunze**, ob es in den Schulen genügend Desinfektionsspender, Handtücher und ggf. elektrische Handtrockner gibt. Wie ist nun der Reinigungsrhythmus und wie sieht es mit der Warmwasserversorgung aus? Die Gesundheit hat absoluten Vorrang!

Herr Hofmann verweist zunächst auf die aktuelle Fassung des Rahmen-Hygieneplans des Kultusministeriums, in dem sich div. Vorgaben finden. In massiven Umfang mussten div. Gegenstände wie z. B. Seifen-, Papierhandtuch- und Desinfektionsspender angeschafft werden. Der Bedarf an Seife, Papierhandtüchern usw. ist enorm hoch. Auch Mund-Nase-Bedeckungen wurden gekauft. Zum Teil waren die Beschaffungen nur mit Hilfe des Zivil- und Katastrophenschutzes möglich. Er dankt ausdrücklich Herrn Menßen und seinem Team für die Unterstützung! Die Reinigung findet nun täglich und im intensiveren Umfang statt. So müssen nun z. B. täglich Türklinken und Handläufe gereinigt werden. Die Reinigung kann laut GGS sichergestellt werden, auch weil neben eigenem Personal noch Reinigungsbetriebe beauftragt wurden.

Frau Winkel-Fiedelak verweist auf die Sitzungen des Krisenstabes, an dem auch das Gesundheitsamt und die Stadtwerkeverkehrsgesellschaft teilnehmen. Zur Schülerbeförderung fand gestern ein runder Tisch unter Beteiligung der Schulleitungen statt.

Den Schulleitungen wurde einhellig das Wort erteilt. Daraufhin erklärt **Herr Dr. Engeler** (IGS), dass man dort bereits mit unterschiedlichen Unterrichtsstartzeiten arbeite. Dies entzerre die Schülerströme sowohl im Schulgebäude als auch in den Bussen. Sorge bereitet ihm das regelmäßige Lüften. **Herr Fischer** (NGW) erläutert, dass das schulinterne Hygienekonzept greift. Seine Hochachtung gilt allen Kolleginnen und Kollegen, die den Präsenzunterricht gewährleisten. **Frau Löbach** (BBS) lobt wie zuvor schon ihre Vorredner die Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt. Auch die BBS prüfe unterschiedliche Schulanfangszeiten, um die Schülerströme im ÖPNV zu entzerren. An der BBS werden individuelle Lösungen z. B. für die Klassen der Medizinischen Fachangestellten erarbeitet. **Frau Schürmann** (GS Sengwarden) berichtet, dass die Einschulungen ganz gut funktionierten, aber in ganz kleinen Rahmen gehalten wurden. Schulanfangszeiten in den Grundschulen zu verschieben, ist auf Grund der Wahrung der Verlässlichkeit schwierig. Hygieneartikel sind ausreichend vorhanden.

Herr Burkhardt dankt Lehrkräften und Schulleitungen für ihren Einsatz. Er weist auf die nötige Einbeziehung des überregionalen ÖPNV in die veränderten Schulanfangszeiten hin. In Bussen kann das Kohortenprinzip nicht beibehalten werden. Weiter spricht er die Lüftungssituation an und fordert den Einsatz von ggf. temporären baulichen Lösungen. Zur Maskenpflicht und zur Abstandhaltung an Bushaltestellen verweist er auf die Verantwortlichkeit der Schule. **Frau Schürmann** ergänzt, dass dies nur für die eigenen SchülerInnen gilt.

Auf Rückfrage von **Herrn Dr. von Teichman** gibt **Herr Burkhardt** an, dass es laut Elternrückmeldungen durchaus zu Schwierigkeiten kommen kann, wenn sich die Zeiten umfänglich ändern. **Herr Schönfelder** führt aus, dass sich die SchülerInnen im Wesentlichen auf drei morgendliche Buszeiten verteilen sollen (20 Minuten-Rhythmus).

5.4 Anfrage zu den baulichen Maßnahmen von GGS in den Sommerferien 2020

Herr Burkhardt bittet um Mitteilung der baulichen Maßnahmen aus den Sommerferien. **Herr Schönfelder** sagt die Information für die nächste Sitzung zu.

5.5 Anfrage zu den Sitzungsprotokollen

Herr Burkhardt erinnert an die ausstehenden Ausschussprotokolle.

5.6 Anfrage zu SchA-Mitgliedern

Auf das ständige Fehlen der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretung im SchA weist **Herr Dr. von Teichman** hin.

5.7 Anfrage zur Nutzung der Schwimmhalle in der Grundschule Altengroden

Auf Anfrage von **Dr. von Teichman** teilt **Herr Schönfelder** mit, wird in einer späteren Sitzung zur Nutzung der Altengrodener Schwimmhalle berichtet.

5.8 Anfrage zur Kooperation der Grundschule Mühlenweg mit der Carlo-Collodi-Schule

Auf Frage von **Herrn Burkhardt** teilt **Herr Hofmann** mit, dass zu dieser Kooperation im nächsten SchA durch Frau Swyter-Broska (GS Mühlenweg) berichtet werden kann.

5.9 Anfrage zum Studienseminar G/H/R

Herr Möhle fragt nach dem Sachstand. **Herr Hofmann** hofft, in der nächsten SchA berichten zu können.

5.10 Anfragen zum Sofortausstattungsprogramm und zu SDW

Auf Nachfrage von **Herrn Krauße** gibt **Frau Winkel-Fiedelak** an, dass auf Grund der Höhe der Fördermittel (ca. 483.000,-- €) ein umfangreiches vergaberechtliche Verfahren nötig ist und mit der Ausschreibung bei SDW gestartet wurde.

Auf Frage von **Ratsherrn Tönjes** erklärt **Herr Schönfelder**, ist die Leitung von SDW nun mit Herrn Tino Hoffmann besetzt.

5.11 Mitteilung zur neu zu errichtenden Oberschule

Herr Hofmann informiert, dass die Landesschulbehörde zur ersten Sitzung der „Planungsgruppe zur Vorbereitung des Dienstbetriebs der OBS Paul-Hug-Straße zum Schuljahr 2021/22“ einlud. Die Sitzung findet am Außenstandort der OBS Stadtmitte am 16.09.20 statt. Eingeladen wurden StER und SSR. Hinzu nehmen Lehrkräfte der beiden städtischen Oberschulen und Vertreter des RZI, des Schulträgers sowie der Landesschulbehörde teil. Planungsgruppenleiter ist Herr Schmacker (Marion-Dönhoff-Schule).

B Nichtöffentlicher Teil

Ende der Sitzung 18:20 Uhr

Schönfelder
Dezernent

Moriße
Vorsitzender

Hofmann
Protokollführung